

Karina Schorn, Brigitte Gisart

Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Alter

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

Zum insgesamt 14. Mal seit 1953 und zum vierten Mal seit der ersten gesamtdeutschen Wahl im Jahr 1990 ist bei einer Bundestagswahl eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden. Bei der ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 wurde noch keine repräsentative Wahlstatistik erhoben und bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt.

Mit der repräsentativen Wahlstatistik lässt sich das Wahlverhalten – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe – bei einer Bundestagswahl nach Altersgruppen und Geschlecht sowie nach der Struktur der Wählerschaft analysieren.

Das Informationsangebot des Bundeswahlleiters im Internet unter www.bundeswahlleiter.de enthält detaillierte Ergebnisse der gesamten Stichprobe sowie umfangreiche Tabellen und Übersichten, die dort auch im Excel-Format zum Download zur Verfügung stehen.

1 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlage für die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik ist das am 1. Juni 1999 in Kraft getretene Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Januar 2002 (BGBl. I S. 412).

Das Wahlstatistikgesetz in der Fassung vom 21. Mai 1999 sah noch keine Einbeziehung der Briefwahlstimmen in die

repräsentative Wahlstatistik vor. Da sich aber der Anteil der Briefwähler/-innen an der Gesamtzahl der Wähler/-innen seit Einführung der Briefwahl zur Bundestagswahl 1957 von 4,9% auf 16,0% bei der Bundestagswahl 1998 erhöht hatte, wurde am 17. Januar 2002 – noch rechtzeitig vor der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 – das Erste Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes erlassen. Das Wahlstatistikgesetz sieht seitdem vor, dass ausgewählte Briefwahlbezirke in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen werden. Die Einbeziehung der Briefwahlbezirke erfolgte in erster Linie, um die Genauigkeit des Gesamtergebnisses sicherzustellen, weniger mit dem Ziel, das Wahlverhalten der Briefwähler/-innen gesondert auszuwerten. Wegen der geringen Anzahl ausgewählter Briefwahlbezirke kann daher eine Analyse des Wahlverhaltens der Briefwähler/-innen nach Altersgruppen und Geschlecht nur für das Bundesgebiet insgesamt vorgenommen werden. Der Anteil der Briefwähler/-innen an den Wählerinnen und Wählern betrug bei der Bundestagswahl 2002 18,0%, stieg bei der Bundestagswahl 2005 auf 18,7% und erreichte bei der Bundestagswahl 2009 mit 21,4% einen neuen Höchststand.

2 Methodische Grundlagen

Die repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung. Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke trifft der Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder. Gemäß § 3 WStatG dürfen nicht mehr als jeweils fünf vom Hundert der Wahlbezirke und der Briefwahlbezirke des Bundesgebietes und nicht mehr als jeweils zehn vom Hundert der Wahlbe-

zirke und der Briefwahlbezirke eines Landes an der repräsentativen Wahlstatistik teilnehmen. Die ausgewählten Wahlbezirke müssen darüber hinaus jeweils bei der Urnenwahl mindestens 400 Wahlberechtigte, bei der Briefwahl mindestens 400 Wähler/-innen umfassen. Die Stimmzettel aus der repräsentativen Wahlstatistik werden von den übrigen Wahlunterlagen, insbesondere den Wählerverzeichnissen, getrennt und anschließend von den Statistischen Landesämtern ausgewertet; es besteht eine strenge Zweckbindung für die Statistikstellen hinsichtlich der ihnen zur Auswertung überlassenen Wahlunterlagen. Diese Regelungen tragen dem Gebot der Anonymität der repräsentativen Wahlstatistik Rechnung und garantieren somit die Wahrung des Wahlgeheimnisses.

Aus den etwa 75 000 Urnenwahlbezirken und rund 15 000 Briefwahlbezirken wurden für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 für die Feststellung der Wahlbeteiligung sowie der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen insgesamt 2 861 Wahlbezirke (2 523 Urnen- und 338 Briefwahlbezirke) ausgewählt. Für die Untersuchung der Wahlbeteiligung wurden

die Wählerverzeichnisse in den 2 523 Urnenwahlbezirken nach Geschlecht und Alter ausgewertet. Dabei wurden 2,4 Mill. der 62,2 Mill. Wahlberechtigten (3,9%) einbezogen. Für die Analyse des Einflusses von Geschlecht und Alter auf die Stimmabgabe wurde in den 2 861 Stichprobenwahlbezirken das Stimmverhalten von 1,6 Mill. Wählerinnen und Wählern ausgewertet; das waren knapp 3,6% aller Wähler/-innen (44,0 Mill.). Dieser Stichprobenumfang gewährleistete, dass die Ergebnisse der ausgewählten Bezirke für die Gesamtheit des Wahlgebietes und für die einzelnen Bundesländer repräsentativ waren.

Die Zahlenbasis der repräsentativen Wahlstatistik ist damit wesentlich breiter als die bei repräsentativen Wahlnachbefragungen von Wählerinnen und Wählern am Wahntag durch die Wahlforschungsinstitute, die sich in der Regel nur auf wenige tausend Personen in etwa 500 bis 600 Wahlbezirken stützen. Die besondere Bedeutung der repräsentativen Wahlstatistik liegt darüber hinaus darin begründet, dass sie auf der tatsächlichen Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler beruht. Bei Befragungen von Wählerinnen und Wählern beim Verlassen des Wahllokals (sog. exit polls) ist nicht

Tabelle 1: Stichprobenumfang der repräsentativen Wahlstatistik bei den Bundestagswahlen

Land	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	2002	2005	2009
Stichprobenwahlbezirke														
Schleswig-Holstein	24	96	97	46	92	93	92	96	98	96	97	106	102	101
Mecklenburg-Vorpommern	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	89	94	93	98
Hamburg	16	16	55	59	53	64	62	59	59	15	15	24	24	32
Niedersachsen	67	246	245	187	207	202	188	194	202	205	208	245	248	245
Bremen	6	6	11	21	26	26	27	27	27	27	25	26	26	40
Brandenburg	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	108	137	130	141
Sachsen-Anhalt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	130	116	108	126
Berlin	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	151	163	163	135
Nordrhein-Westfalen	136	115	121	125	138	141	142	576	578	571	563	622	585	567
Sachsen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	218	196	194	186
Hessen	40	41	78	88	89	87	123	124	123	128	129	155	147	128
Thüringen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	121	135	129	133
Rheinland-Pfalz	37	32	31	65	83 ¹⁾	84 ¹⁾	67 ³⁾	68 ³⁾	69 ³⁾	72 ¹⁾	77 ¹⁾	221	224	221
Bayern	99	365	391	392	445	112	406	420	429	439	440	471	440	432
Baden-Württemberg	45	53	59	137	144	156	141	142	158	157	163	196	190	189
Saarland	X	37	38	43	45	44	58	57	57	57	59	64	64	87
Deutschland ...	470 ²⁾	1 007	1 126	1 163	1 322 ³⁾	1 009 ³⁾	1 306 ³⁾	1 763 ³⁾	1 800 ³⁾	1 767 ³⁾	2 593 ³⁾	2 971	2 867	2 861
dar.: Briefwahlbezirke ...	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	372	326	338
Anteil der Wahlberechtigten und Wähler/-innen in der Stichprobe in %														
Schleswig-Holstein	1,6	4,4	4,4	2,1	3,9	4,0	4,1	4,3	4,3	4,0	3,9	3,8	3,7	4,3
Mecklenburg-Vorpommern	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,9	4,9	4,8	5,8
Hamburg	1,4	1,3	4,0	4,1	4,1	4,2	4,0	3,9	3,9	1,0	1,0	1,4	1,4	2,1
Niedersachsen	1,4	4,1	4,1	3,1	3,1	3,0	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,0	3,0	3,1
Bremen	2,0	1,5	2,4	3,7	4,3	5,0	4,9	5,2	5,2	5,1	4,9	4,9	5,1	7,1
Brandenburg	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,3	5,2	5,0	5,5
Sachsen-Anhalt	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,5	5,2	4,9	6,6
Berlin	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	6,8	5,4	5,5	5,3
Nordrhein-Westfalen	1,7	1,0	0,9	1,0	1,1	1,1	1,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,1
Sachsen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	5,1	5,0	5,0	5,0
Hessen	1,6	1,2	2,0	2,1	2,0	1,9	3,0	2,7	2,7	2,9	2,8	2,7	2,6	2,5
Thüringen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	4,5	4,9	5,1	6,0
Rheinland-Pfalz	1,5	1,0	1,0	2,0	2,0 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,1 ⁴⁾	2,0 ⁴⁾	2,0	2,0	5,5
Bayern	1,3	4,1	4,1	3,9	4,1	1,0	4,0	4,0	4,0	3,9	3,8	3,5	3,4	3,2
Baden-Württemberg	1,4	1,0	1,0	2,3	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0
Saarland	X	4,3	4,1	3,9	4,3	4,2	5,5	5,6	5,6	5,5	5,6	5,7	5,5	7,6
Deutschland ...	1,5	2,2	2,4	2,4	2,5 ⁵⁾	1,9 ⁵⁾	2,6 ⁵⁾	3,4 ⁵⁾	3,4 ⁵⁾	3,3 ⁵⁾	3,7 ⁵⁾	3,6	3,6	3,9

1) Für Stimmabgabe 1969 und 1976: je 166; 1972: 164; 1980: 168; 1983: 170; 1987: 181; 1990: 194 Wahlbezirke. – 2) Ohne das Saarland. – 3) Für Stimmabgabe 1969 und 1976: je 1 405; 1972: 1 089; 1980: 1 863; 1983: 1 901; 1987: 1 876; 1990: 2 710 Wahlbezirke. – 4) Für Stimmabgabe 1969 und 1972: je 5,0%; 1976 und 1987: je 5,1%; 1980 und 1983: je 5,2%; 1990: 4,9% der Wähler/-innen in der Stichprobe. – 5) Für Stimmabgabe 1969 und 1972: je 2,7%; 1976: 2,8%; 1980 und 1983: je 3,6%; 1987: 3,5%; 1990: 3,8% der Wähler/-innen in der Stichprobe.

gesichert, dass stets richtige Angaben über das Wahlverhalten gemacht werden.¹⁾

Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht von ihrer Anlage her keine Analyse von Wahlmotiven. Sie liefert aber der Wahlforschung die wesentlichen Basisinformationen sowie Ansatzpunkte für weitere Forschungen; sie stellt somit den objektiven Bezugsrahmen zur Einordnung der Forschungsergebnisse bereit.

Bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag wurde die Wahlbeteiligung – wie seit der Bundestagswahl 1972 (mit Ausnahme von 1994 und 1998 wegen der vorübergehenden Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik) – nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach zehn Altersgruppen ermittelt. Die Stimmabgabe wurde – ebenfalls wie seit 1972 – nach Geschlecht (männlich/weiblich) sowie nach fünf Altersgruppen ermittelt.

Die Zusammenfassung der Wählerinnen und Wähler zu zehn bzw. fünf Altersgruppen stellt sicher, dass Rückschlüsse auf

Tabelle 2: Altersgruppen der repräsentativen Bundestagswahlstatistik

Bundestagswahlen		
1953 bis 1961	1965 und 1969	ab 1972
Alter von ... bis ... Jahren		
Wahlbeteiligung		
21 – 24	21 – 24	18 – 20
25 – 29	25 – 29	21 – 24
30 – 39	30 – 34	25 – 29
40 – 49	35 – 39	30 – 34
50 – 59	40 – 44	35 – 39
60 – 69	45 – 49	40 – 44
70 und mehr	50 – 59	45 – 49
	60 – 69	50 – 59
	70 und mehr	60 – 69
		70 und mehr
Stimmabgabe		
21 – 29	21 – 29	18 – 24
30 – 59	30 – 44	25 – 34
60 und mehr	45 – 59	35 – 44
	60 und mehr	45 – 59
		60 und mehr

Tabelle 3: Totalergebnisse der Bundestagswahl 2009 im Vergleich mit den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik

Land	T = Totalergebnis, S = Stichprobe	Wähler/-innen auf 1 000 Wahlberechtigte ¹⁾	Von 1 000 gültigen Zweitstimmen entfielen auf						
			SPD	CDU	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige
Schleswig-Holstein	T	736	268	322	163	79	127	–	42
	S	745	268	322	163	79	127	–	42
Mecklenburg-Vorpommern	T	630	166	331	98	290	55	–	59
	S	633	166	331	98	290	55	–	59
Hamburg	T	713	274	278	132	112	156	–	47
	S	723	274	278	132	112	156	–	47
Niedersachsen	T	733	293	332	133	86	107	–	49
	S	738	293	332	133	86	107	–	49
Bremen	T	703	302	239	106	143	154	–	55
	S	710	302	239	106	143	154	–	55
Brandenburg	T	670	251	236	93	285	61	–	74
	S	675	251	236	93	285	61	–	74
Sachsen-Anhalt	T	605	169	301	103	324	51	–	52
	S	608	169	301	103	324	51	–	52
Berlin	T	709	202	228	115	202	174	–	79
	S	718	202	228	115	202	174	–	79
Nordrhein-Westfalen	T	714	285	331	149	84	101	–	50
	S	721	285	331	149	84	101	–	50
Sachsen	T	650	146	356	133	245	67	–	54
	S	653	146	356	133	245	67	–	54
Hessen	T	738	256	322	166	85	120	–	51
	S	743	256	322	166	85	120	–	51
Thüringen	T	652	176	312	98	288	60	–	67
	S	655	176	312	98	288	60	–	67
Rheinland-Pfalz	T	720	238	350	166	94	97	–	56
	S	727	238	350	166	94	97	–	56
Bayern	T	716	168	–	147	65	108	425	87
	S	724	168	–	147	65	108	425	87
Baden-Württemberg	T	724	193	344	188	72	139	–	64
	S	731	193	344	188	72	139	–	64
Saarland	T	737	247	307	119	212	68	–	48
	S	743	247	307	119	212	68	–	48
Deutschland ...	T	708	230	273	146	119	107	65	60
	S	714	230	273	146	119	107	65	60

1) Bei Stichprobe: Anteil der Summe aus Wählerinnen und Wählern mit Stimmvermerk und Wahlberechtigten mit Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten insgesamt (nur Urnenwahlbezirke).

1) Siehe Schorn, K.: „Die repräsentative Wahlstatistik – immer noch eine wenig bekannte Statistik“ in KommunalPraxis Spezial, Heft 3/2009, Wahlen, S. 122 ff.

die Stimmabgabe einzelner Wählerinnen und Wähler ausgeschlossen sind und das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt. Die Wahlberechtigten wurden im Wahllokal bzw. mit der Zusendung der Briefwahlunterlagen über die Teilnahme an der repräsentativen Wahlstatistik informiert. Den Wählerinnen und Wählern in den ausgewählten Stichprobenwahlbezirken wurde zur Durchführung der Statistik ein Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck (männlich/weiblich/Altersgruppe) ausgehändigt.

Beim Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit den Totalergebnissen (siehe Tabelle 3) fällt auf, dass die Wahlbeteiligung in den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik mit 71,4 % höher ausgewiesen wird als das Totalergebnis (70,8 %). Dies liegt daran, dass die Feststellungen über die Wahlbeteiligung auf der Annahme beruhen, dass sämtliche Wahlscheininhaberinnen und -inhaber von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch gemacht haben, da erfahrungsgemäß regelmäßig weit über 95 % der Wahlscheinwähler/-innen Briefwähler/-innen sind.

3 Ergebnisse zur Zahl der Wahlberechtigten (mit und ohne Wahlschein)

3.1 Knapp 300 000 mehr Wahlberechtigte als 2005

Wie Tabelle 4 zeigt, ist die Zahl der Wahlberechtigten von 2005 bis 2009 um rund 298 000 Personen auf 62,2 Mill. gestiegen. Während im früheren Bundesgebiet ein Zuwachs von 436 000 Wahlberechtigten zu verzeichnen war, ging die Zahl der Wahlberechtigten in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 138 000 Personen zurück.

Die demografische Entwicklung der deutschen Bevölkerung lässt sich an der Veränderung der Zahlenstärke der einzelnen Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik sehr deutlich ablesen. Die Zahl der Wahlberechtigten ist gegenüber der Bundestagswahl 2005 in der Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen geringfügig gesunken (-0,2 %). In den Altersgruppen der 21- bis 29-Jährigen ist die Zahl der Wahlberechtigten leicht gestiegen, wobei der Anstieg bei den 25- bis 29-Jährigen am deutlichsten war. 2005 bestand die letztgenannte Altersgruppe noch aus 4,1 Mill. Personen, 2009 waren es 4,3 Mill. Personen, das ist ein Plus von 4,9 %. In den Altersgruppen der 30- bis 44-Jährigen ging die Zahl der Wahlberechtigten deutlich zurück, und zwar um 165 000 Personen (-4,0 %) bei den 30- bis 34-Jährigen, um 1,4 Mill. Personen (-24,0 %) bei den 35- bis 39-Jährigen sowie um 377 000 Personen (-5,8 %) bei den 40- bis 44-Jährigen. Die Zahlen der Wahlberechtigten in den Altersgruppen darüber (mit Ausnahme der 60- bis 69-Jährigen mit einem Rückgang um 10,6 %) haben dagegen stark zugenommen; am deutlichsten fiel der Zuwachs in der Altersgruppe der 70-Jährigen und Älteren aus (+13,1 %). Dieser Altersgruppe gehören auch die meisten Wahlberechtigten (11,7 Mill.) an.

Tabelle 4: Wahlberechtigte bei den Bundestagswahlen 2009 und 2005 nach Geschlecht und Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte		Veränderung 2009 gegenüber 2005	
	Bundestagswahl		1 000	%
	2009	2005		
Insgesamt				
unter 21	2 380,3	2 385,4	-5,1	-0,2
21 - 25	3 526,6	3 439,3	+87,3	+2,5
25 - 30	4 309,6	4 110,0	+199,6	+4,9
30 - 35	3 939,2	4 103,7	-164,5	-4,0
35 - 40	4 432,3	5 830,3	-1 398,0	-24,0
40 - 45	6 138,0	6 515,2	-377,2	-5,8
45 - 50	6 459,7	5 842,6	+617,0	+10,6
50 - 60	10 599,0	9 597,1	+1 001,9	+10,4
60 - 70	8 635,7	9 660,3	-1 024,6	-10,6
70 und mehr	11 748,2	10 386,7	+1 361,5	+13,1
Deutschland ...	62 168,5 ¹⁾	61 870,7 ²⁾	+297,8	+0,5
Früheres Bundesgebiet	50 140,7	49 704,6	+436,1	+0,9
Neue Länder und Berlin-Ost	12 027,8	12 166,1	-138,3	-1,1
Männer				
unter 21	1 217,2	1 223,2	-6,0	-0,5
21 - 25	1 782,0	1 745,6	+36,4	+2,1
25 - 30	2 179,4	2 084,2	+95,2	+4,6
30 - 35	2 001,1	2 082,5	-81,4	-3,9
35 - 40	2 244,4	2 965,4	-721,0	-24,3
40 - 45	3 104,9	3 309,2	-204,3	-6,2
45 - 50	3 254,5	2 947,3	+307,2	+10,4
50 - 60	5 262,3	4 770,1	+492,2	+10,3
60 - 70	4 149,3	4 614,1	-464,8	-10,1
70 und mehr	4 684,6	3 880,5	+804,1	+20,7
Deutschland ...	29 879,6	29 622,3	+257,3	+0,9
Früheres Bundesgebiet	24 036,8	23 754,3	+282,5	+1,2
Neue Länder und Berlin-Ost	5 842,8	5 868,0	-25,2	-0,4
Frauen				
unter 21	1 163,0	1 162,2	+0,8	+0,1
21 - 25	1 744,6	1 693,7	+50,9	+3,0
25 - 30	2 130,2	2 025,8	+104,4	+5,2
30 - 35	1 938,1	2 021,2	-83,1	-4,1
35 - 40	2 187,9	2 864,9	-677,0	-23,6
40 - 45	3 033,1	3 206,0	-172,9	-5,4
45 - 50	3 205,2	2 895,3	+309,9	+10,7
50 - 60	5 336,7	4 827,0	+509,7	+10,6
60 - 70	4 486,4	5 046,2	-559,8	-11,1
70 und mehr	7 063,6	6 506,1	+557,5	+8,6
Deutschland ...	32 288,9	32 248,4	+40,5	+0,1
Früheres Bundesgebiet	26 103,8	25 950,2	+153,6	+0,6
Neue Länder und Berlin-Ost	6 185,0	6 298,2	-113,2	-1,8

1) Totalergebnis: 62 168 489 Wahlberechtigte. – 2) Totalergebnis: 61 870 711 Wahlberechtigte.

3.2 Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlschein in den neuen Ländern und Berlin-Ost niedriger als im früheren Bundesgebiet

Laut Tabelle 5 lag der Anteil der Wahlberechtigten mit Wahlschein – zu mehr als 95 % ist diese Gruppe identisch mit den Briefwählerinnen bzw. Briefwählern – an allen Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009 mit 15,9 % (Männer: 15,1 %; Frauen: 16,5 %) geringfügig über dem Wert

Tabelle 5: Wahlberechtigte ohne und mit Wahlschein bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte					
	insgesamt	ohne		mit		
		Wahlschein				
	2009			2005	2002	
1 000			%			
Insgesamt						
unter 21	2380,3	2129,9	250,3	10,5	8,4	8,7
21 – 25	3526,6	3049,0	477,6	13,5	12,5	12,5
25 – 30	4309,6	3701,2	608,3	14,1	14,0	14,1
30 – 35	3939,2	3406,7	532,5	13,5	13,0	13,1
35 – 40	4432,3	3891,8	540,5	12,2	11,9	11,4
40 – 45	6138,0	5380,2	757,8	12,3	11,1	10,7
45 – 50	6459,7	5609,3	850,3	13,2	12,3	12,0
50 – 60	10599,0	8918,5	1680,5	15,9	16,1	16,0
60 – 70	8635,7	6863,9	1771,8	20,5	19,7	18,4
70 und mehr ..	11748,2	9362,6	2385,6	20,3	20,1	20,5
Insgesamt ...	62168,5	52313,2	9855,3	15,9	15,2	14,9
Männer						
unter 21	1217,2	1104,8	112,5	9,2	7,3	7,5
21 – 25	1782,0	1567,8	214,3	12,0	10,6	10,6
25 – 30	2179,4	1895,4	284,0	13,0	13,0	13,0
30 – 35	2001,1	1736,7	264,4	13,2	12,8	12,8
35 – 40	2244,4	1970,2	274,2	12,2	11,9	11,4
40 – 45	3104,9	2732,2	372,7	12,0	11,1	10,5
45 – 50	3254,5	2850,9	403,5	12,4	11,6	11,3
50 – 60	5262,3	4478,0	784,3	14,9	15,1	15,1
60 – 70	4149,3	3310,6	838,7	20,2	19,3	18,2
70 und mehr	4684,6	3720,8	963,8	20,6	20,1	20,3
Zusammen ...	29879,6	25367,3	4512,4	15,1	14,4	14,0
Frauen						
unter 21	1163,0	1025,2	137,9	11,9	9,6	9,8
21 – 25	1744,6	1481,3	263,3	15,1	14,5	14,5
25 – 30	2130,2	1805,9	324,3	15,2	14,9	15,1
30 – 35	1938,1	1670,0	268,1	13,8	13,3	13,4
35 – 40	2187,9	1921,6	266,3	12,2	11,9	11,4
40 – 45	3033,1	2648,0	385,1	12,7	11,2	10,9
45 – 50	3205,2	2758,4	446,8	13,9	13,0	12,8
50 – 60	5336,7	4440,5	896,2	16,8	17,0	16,9
60 – 70	4486,4	3553,3	933,1	20,8	20,0	18,6
70 und mehr	7063,6	5641,8	1421,8	20,1	20,1	20,6
Zusammen ...	32288,9	26945,9	5342,9	16,5	15,9	15,7

von 2005²⁾). Damals hatte der entsprechende Anteil 15,2% betragen (Männer: 14,4%; Frauen: 15,9%). Der Anteil der Wahlscheininhaber/-innen an den Wahlberechtigten im früheren Bundesgebiet hat sich gegenüber der Bundestagswahl 2005 um 0,8 Prozentpunkte auf 17,0% erhöht. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist der Anteil bei der Bundestagswahl 2009 mit 10,9% gegenüber der Bundestagswahl 2005 (11,0%) nahezu gleich geblieben.

Bei früheren Bundestagswahlen hatten stets die über 70-Jährigen den höchsten Anteil an Wahlscheinhabern/-inhaberinnen (Bundestagswahl 2005: 20,1%); bei der Bundestagswahl 2009 lag dieser mit 20,5% bei den 60- bis 69-Jährigen (2005: 19,7%). Den niedrigsten Anteil an Wahlscheinhabern/-inhaberinnen wies, wie bei früheren Bundestagswahlen, mit 10,5% (2005: 8,4%) die Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen auf. Auffallend ist, dass es

bei den Frauen in fast allen Altersgruppen (außer bei den 35- bis 39-Jährigen und bei den 70-Jährigen und Älteren) mehr Wahlberechtigte mit Wahlschein gab als bei den Männern; am deutlichsten war der Unterschied in der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen (Frauen: 15,1%; Männer: 12,0%).

4 Ergebnisse zur Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter

4.1 Niedrigste Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen

Bei der Bundestagswahl 2009 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 62,2 Mill. Menschen wahlberechtigt. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler betrug rund 44,0 Mill. Daraus ergab sich nach dem amtlichen Endergebnis³⁾ eine Wahlbeteiligung von 70,8%; bei keiner Bundestagswahl zuvor war die Wahlbeteiligung so niedrig gewesen. Sie lag 2009 um 6,9 Prozentpunkte unter der von 2005 (77,7%) und um 8,3 Prozentpunkte unter der von 2002 (79,1%).

Das Ergebnis zur Wahlbeteiligung aus der Stichprobe lag mit 71,4% – wie in Kapitel 2 ausgeführt – um 0,6 Prozentpunkte über dem Totalergebnis. Bei der Bundestagswahl 2005 hatte das Stichprobenergebnis zur Wahlbeteiligung mit 78,3% ebenfalls um 0,6 Prozentpunkte über dem Totalergebnis gelegen. Somit betrug auch in der Stichprobe der Rückgang der Wahlbeteiligung von der Bundestagswahl 2005 zur Bundestagswahl 2009 6,9 Prozentpunkte.

4.2 Höchster Rückgang der Wahlbeteiligung bei den 35- bis 39-Jährigen

In fast allen Altersgruppen fielen die Rückgänge der Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 2005 deutlich aus; nur bei den 60- bis 69-Jährigen und den 70-Jährigen und Älteren waren sie unterdurchschnittlich: Der geringste Rückgang war mit 3,9 Prozentpunkten bei den ältesten Wahlberechtigten zu verzeichnen. Bei den übrigen Altersgruppen waren die Rückgänge überdurchschnittlich: Sie lagen zwischen 7,0 Prozentpunkten bei den unter 21-Jährigen und den 45- bis 49-Jährigen und 9,5 Prozentpunkten bei den 35- bis 39-Jährigen.

4.3 Wahlbeteiligung bei den Geschlechtern annähernd gleich

Die Betrachtung der durchschnittlichen Wahlbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg zeigt – wie bei allen früheren Bundestagswahlen, zu denen eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden ist – zwischen den Geschlechtern keine signifikanten Unterschiede. Während sich 71,8% der Männer an der Wahl beteiligten, waren es bei den Frauen

2) Gemäß § 14 Abs. 3 Bundeswahlgesetz kann, wer einen Wahlschein hat, an der Wahl des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder b) durch Briefwahl teilnehmen. Mehr als 95% der Wahlberechtigten mit Wahlschein üben ihr Wahlrecht durch Briefwahl aus. Die übrigen 5% der Wahlscheininhaber/-innen geben entweder ihre Stimme persönlich am Wahltag in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises ab oder sie beteiligen sich nicht an der Wahl.

3) Siehe Gisart, B.: „Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009“ in WiSta 11/2009, S. 1063 ff.

Tabelle 6: Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte		Wähler/-innen				
	2009 ¹⁾		2005 ¹⁾	2002 ¹⁾	1990 ²⁾	1987 ²⁾³⁾	
	1 000		%				
Insgesamt							
unter 21	2 380,3	1 498,4	63,0	70,0	70,2	64,7	76,8
21 – 25	3 526,6	2 084,9	59,1	66,5	68,1	61,8	73,1
25 – 30	4 309,6	2 635,7	61,2	70,1	72,1	66,3	75,9
30 – 35	3 939,2	2 563,4	65,1	74,5	76,7	71,3	80,3
35 – 40	4 432,3	3 055,2	68,9	78,4	79,6	75,7	83,8
40 – 45	6 138,0	4 441,1	72,4	79,7	80,0	79,5	86,0
45 – 50	6 459,7	4 725,9	73,2	80,2	81,1	82,1	87,9
50 – 60	10 599,0	7 924,4	74,8	82,5	84,0	84,6	89,4
60 – 70	8 635,7	6 909,5	80,0	85,0	86,4	86,5	89,7
70 und mehr	11 748,2	8 555,2	72,8	76,7	78,4	74,5	79,4
Insgesamt ...	62 168,5	44 393,7	71,4	78,3	79,6	76,3	83,1
Männer							
unter 21	1 217,2	769,0	63,2	70,3	70,3	66,3	78,9
21 – 25	1 782,0	1 058,0	59,4	66,1	67,8	63,2	74,4
25 – 30	2 179,4	1 315,1	60,3	69,0	71,5	66,3	76,6
30 – 35	2 001,1	1 285,6	64,2	73,1	75,4	70,6	80,2
35 – 40	2 244,4	1 525,3	68,0	77,0	78,6	75,2	83,7
40 – 45	3 104,9	2 221,7	71,6	78,8	79,1	79,3	85,8
45 – 50	3 254,5	2 361,9	72,6	79,1	80,4	82,2	88,0
50 – 60	5 262,3	3 911,6	74,3	81,9	83,6	85,0	90,0
60 – 70	4 149,3	3 335,4	80,4	85,5	86,9	88,2	91,5
70 und mehr	4 684,6	3 674,9	78,4	82,7	84,4	81,3	85,1
Zusammen ...	29 879,6	21 458,5	71,8	78,5	79,9	77,0	84,2
Frauen							
unter 21	1 163,0	729,4	62,7	69,6	70,1	63,1	74,6
21 – 25	1 744,6	1 026,9	58,9	66,9	68,5	60,4	71,7
25 – 30	2 130,2	1 320,6	62,0	71,2	72,8	66,4	75,2
30 – 35	1 938,1	1 277,8	65,9	75,9	78,0	72,1	80,3
35 – 40	2 187,9	1 529,9	69,9	79,9	80,6	76,3	83,9
40 – 45	3 033,1	2 219,4	73,2	80,6	81,0	79,8	86,3
45 – 50	3 205,2	2 364,0	73,8	81,3	81,7	82,0	87,9
50 – 60	5 336,7	4 012,8	75,2	83,1	84,3	84,2	88,8
60 – 70	4 486,4	3 574,1	79,7	84,6	85,9	85,3	88,4
70 und mehr	7 063,6	4 880,3	69,1	73,1	75,2	71,3	76,5
Zusammen ...	32 288,9	22 935,2	71,0	78,1	79,4	75,7	82,1

1) Anteil der Summe aus Wählerinnen bzw. Wählern mit Stimmvermerk und Wahlberechtigten mit Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten insgesamt (nur Urnenwahlbezirke). – 2) Ohne Personen mit Wahlschein. – 3) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

71,0%. Bei den jüngeren Wahlberechtigten bis zu 24 Jahren und den Älteren ab 60 Jahren beteiligten sich mehr Männer als Frauen an der Wahl, bei den 25 bis 59 Jahre alten Wahlberechtigten machten mehr Frauen als Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Der letztendlich geringe Vorsprung der Männer resultiert aus dem großen Unterschied in der Wahlbeteiligung der 70-jährigen und älteren Männer (78,4%) gegenüber der gleichaltrigen Frauen (69,1%).

4.4 Die Wahlbeteiligung der unter 30-Jährigen erreichte knapp 61 %

Der seit den 1980er-Jahren zu beobachtende Trend zur Wahlenthaltung bei den Wählerinnen und Wählern unter 30 Jahren hat sich, nach einer Unterbrechung bei der Bundestagswahl 2002, bei der Bundestagswahl 2009 fortgesetzt. Bei der Bundestagswahl 1980 (früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West) hatte die Wahlbeteiligung der 18- bis unter 30-Jährigen noch knapp über 80% gelegen. Bei der Bundestagswahl 1990 hatten sich aus dieser Altersgruppe im gesamten Bundesgebiet nur noch knapp zwei Drittel (64,5%) der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Dieser Abwärtstrend hatte sich bei der Bundestagswahl 2002 nicht

fortgesetzt: Die Wahlbeteiligung der Wählerinnen und Wähler unter 30 Jahren hatte 2002 im Vergleich zu 1990 um 5,8 Prozentpunkte auf 70,3% zugenommen, bei der Bundestagswahl 2005 sank sie jedoch wieder auf 68,8% ab und erreichte bei der Bundestagswahl 2009 mit 60,9% einen neuen Tiefstand.

4.5 Niedrigste Wahlbeteiligung in der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen

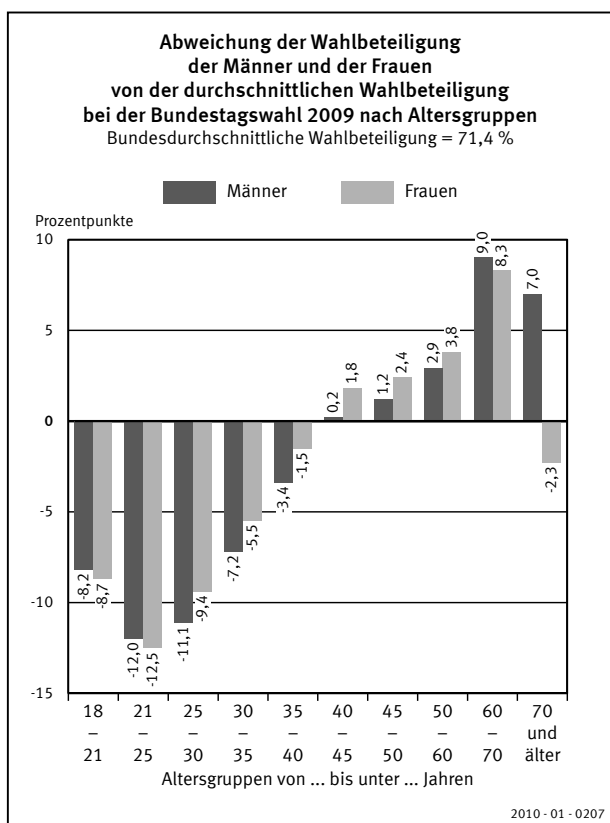
Die niedrigste Wahlbeteiligung zeigten – wie schon bei früheren Bundestagswahlen – die 21- bis 24-Jährigen. Mit 59,1% lag sie um 12,3 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung aller Altersgruppen. Diese Altersgruppe wies in fast allen Bundesländern (außer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt) die niedrigste Wahlbeteiligung auf. Da die Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen lediglich 5,7% der Wahlberechtigten umfasste, verschenkte diese Generation mit ihrer unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung weitgehend die Möglichkeit ihrer politischen Einflussnahme an die zahlenmäßig stärkeren älteren Generationen.

Das geringste Interesse an der Bundestagswahl 2009 zeigten mit 52,7% die 21- bis 24-jährigen Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dieses unterdurchschnittliche Ergebnis beruhte im Wesentlichen auf der niedrigen Wahlbeteiligung der zwischen 21 und 24 Jahre alten Frauen in Mecklenburg-Vorpommern (46,5%) und Sachsen-Anhalt (47,5%). Auch die gleichaltrigen Männer im Osten beteiligten sich mit nur 53,1% eher zurückhaltend an der Bundestagswahl 2009.

4.6 Höchste Wahlbeteiligung wieder in der Gruppe der 60- bis 69-jährigen

Die Wahlbeteiligung nahm ab der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen mit steigendem Alter zu, wobei sich die 60- bis 69-jährigen Wahlberechtigten mit 80,0% – und damit 8,6 Prozentpunkten über der bundesdurchschnittlichen Wahlbeteiligung – am aktivsten an der Bundestagswahl beteiligten (siehe Schaubild 1). Da diese Altersgruppe unter allen

Schaubild 1



zehn Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung mit etwa 8,6 Mill. Personen die zahlenmäßig drittgrößte war, kam der hohen Wahlbeteiligung dieser Altersgruppe besondere Bedeutung zu. Bemerkenswert ist, dass die genannte Altersgruppe in jedem einzelnen Bundesland die jeweils höchste Wahlbeteiligung erzielte. In der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten (70 Jahre und älter) ging die Wahlbeteiligung wieder auf 72,8% zurück (Frauen: 69,1%; Männer: 78,4%).

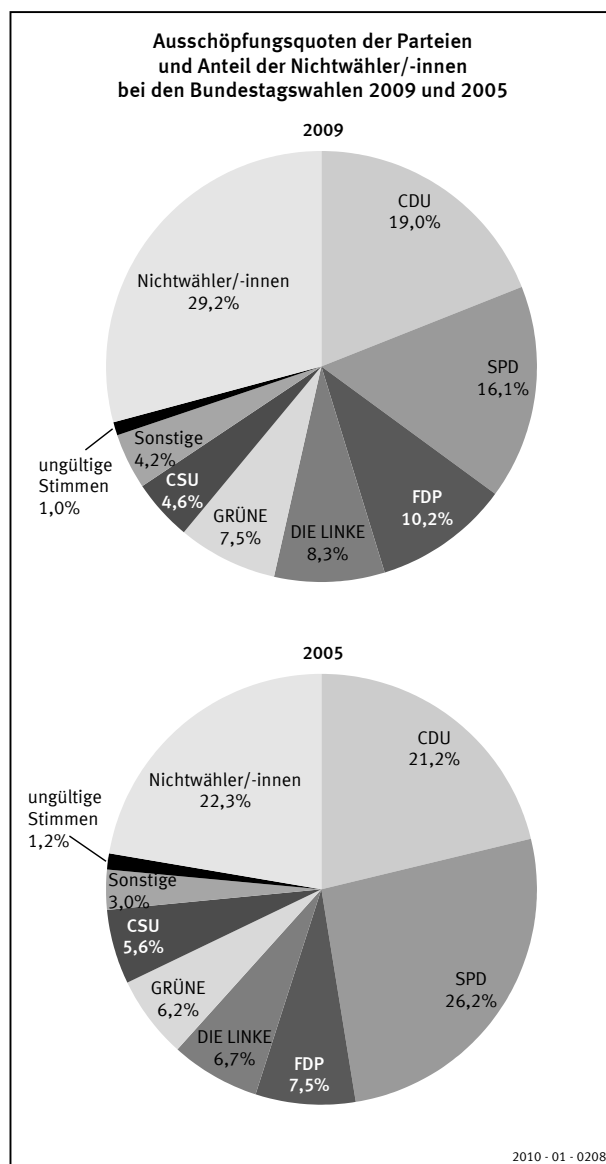
4.7 Höchste Wahlbeteiligung bei den westdeutschen Männern zwischen 60 und 69 Jahren

Die höchste Wahlbeteiligung hatten mit 82,1% die westdeutschen Männer der Altersgruppe zwischen 60 und 69 Jahren. Dieses Ergebnis beruhte in erster Linie auf der überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung der 60- bis 69-jährigen Männer im Saarland (84,9%), in Schleswig-Holstein (84,3%) und in Niedersachsen (83,7%). Bei den Frauen zeigte diese Altersgruppe im Westen mit 81,1% ebenfalls die höchste Wahlbeteiligung.

4.8 Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler wächst auf 29% an

Der Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler an den Wahlberechtigten ist gegenüber der Bundestagswahl 2005

Schaubild 2



nach den amtlichen Endergebnissen von 22,3% auf 29,2% gestiegen. Er näherte sich somit einem Drittel der Wahlberechtigten und lag um 10,2 Prozentpunkte über dem Anteil der gültigen Stimmen an den Wahlberechtigten, den die CDU als stärkste Partei mit 19,0% ausschöpfen konnte.

Von den knapp 18 Mill. Wahlberechtigten, die auf ihr Wahlrecht verzichtet haben, waren 52,6% Frauen; von ihnen haben am meisten Frauen im Alter von 70 Jahren und älter ihr Wahlrecht nicht ausgeübt, nämlich 12,3%. Die zweitstärkste Gruppe der Nichtwähler/-innen bildeten die 50- bis 59-jährigen Männer mit 7,6%.

Bei Betrachtung der Nichtwähler/-innen nur nach dem Alter waren mit 49,7% die 30- bis 59-jährigen am stärksten vertreten, gefolgt von 27,7% der 60-jährigen und Älteren sowie 22,5% der unter 30-Jährigen.

Tabelle 7: Nichtwähler/-innen bei den Bundestagswahlen 2009 nach Alter und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männer		Frauen	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
unter 21	881,9	5,0	448,2	2,5	433,6	2,4
21 – 25	1441,7	8,1	724,0	4,1	717,7	4,0
25 – 30	1673,8	9,4	864,3	4,9	809,6	4,6
30 – 35	1375,8	7,7	715,5	4,0	660,3	3,7
35 – 40	1377,1	7,7	719,1	4,0	658,0	3,7
40 – 45	1696,9	9,5	883,2	5,0	813,7	4,6
45 – 50	1733,8	9,8	892,5	5,0	841,2	4,7
50 – 60	2674,6	15,0	1350,7	7,6	1323,9	7,4
60 – 70	1726,2	9,7	813,9	4,6	912,3	5,1
70 und mehr	3193,0	18,0	1009,7	5,7	2183,3	12,3
Insgesamt ...	17 774,8	100	8 421,2	47,4	9 353,6	52,6

5 Ergebnisse zu Art und Zahl der ungültigen Stimmen

Ungültig sind Stimmen insbesondere dann, wenn auf dem Stimmzettel die Spalte für Erst- oder Zweitstimme leer oder durchgestrichen ist, wenn der Wählerwille nicht zweifelsfrei erkennbar ist (z.B. bei mehreren Kreuzen in einer Spalte) oder der Stimmzettel einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

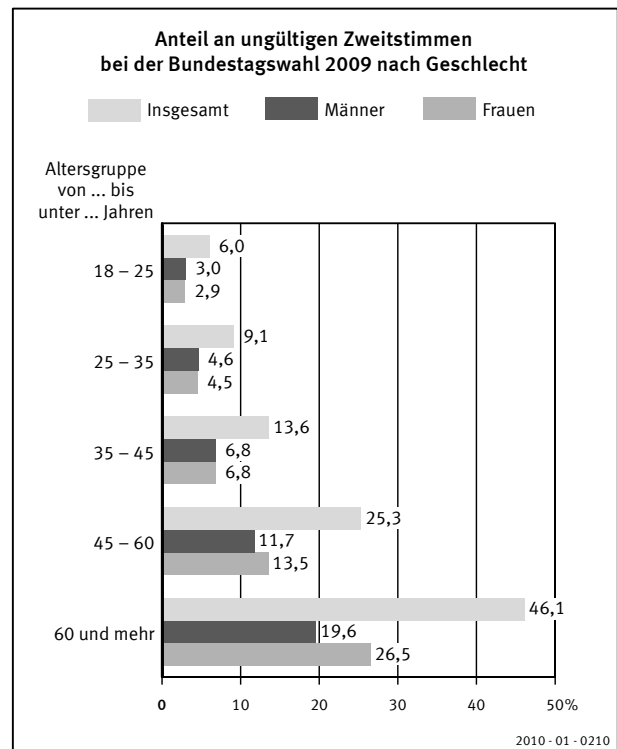
5.1 Zahl der ungültigen Stimmen vergleichsweise niedrig

Der Anteil ungültiger Stimmen hat sich seit der Bundestagswahl 1972 auf einem relativ niedrigen Niveau (zwischen 1,1% und 1,8% bei den Erststimmen und zwischen 0,8% und 1,6% bei den Zweitstimmen) eingependelt und betrug bei der Bundestagswahl 2009 nach dem endgültigen Wahlergebnis bei den Erststimmen 1,7% (2005: 1,8%) und bei den Zweitstimmen 1,4% (2005: 1,6%).

5.2 Ältere Wählerinnen stimmen am häufigsten ungültig ab

Knapp die Hälfte der ungültigen Zweitstimmen stammte von älteren Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren, ein weiteres Viertel von den 45- bis 59-Jährigen. Die jungen Wähler/-innen unter 25 Jahren trugen hingegen nur zu 6,0% zu

Schaubild 3



den ungültigen Stimmen bei. Dabei gab es zwischen Männern und Frauen kaum Unterschiede; lediglich in der Altersgruppe ab 60 Jahren gaben mehr Frauen (26,5%) als Männer (19,6%) ihre Stimmen ungültig ab.

5.3 Über 900 000 Wähler/-innen stimmten mit Erst- und/oder Zweitstimme ungültig

Tabelle 8 stellt die Zahl der Wählerinnen und Wähler nach Art der ungültigen Stimmen (drei Kombinationsgruppen) dar. Danach stimmten bei der Bundestagswahl 2009 rund 926 000 Wähler/-innen ungültig. Darunter stimmten mit Erst- und Zweitstimme rund 467 000 Wähler/-innen ungültig, nur mit ungültiger Erststimme stimmten 291 000, nur mit ungültiger Zweitstimme stimmten 168 000 Wählerinnen und Wähler ab. Wie bei der Bundestagswahl 2005 waren es auch bei der Bundestagswahl 2009 insgesamt betrachtet mehr Frauen (54,3%) als Männer (45,7%), die ungültig wählten. Mehr Männer (27,4%) als Frauen (24,8%) ließen die Erst- und Zweitstimmenseite leer oder strichen sie durch, ebenso ließen mehr Männer (29,0%) als Frauen (27,3%) die Erststimmenseite leer oder strichen sie durch und gaben die Zweitstimme gültig ab. Bei der dritten Variante (gültige Erststimme, Zweitstimme leer oder durchgestrichen) waren die Frauen mit 17,2% gegenüber den Männern (12,9%) deutlich in der Überzahl.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 ist die Zahl der Wähler/-innen mit ungültiger Erst- und Zweitstimme gesunken (- 70 000). Die Zahl der Wähler/-innen, die nur mit der Erststimme ungültig wählten, ist kaum merklich gestiegen

Tabelle 8: Art der ungültigen Stimmen bei den Bundestagswahlen

Wähler/-innen nach Art der ungültigen Stimmen	Wahljahr	Insgesamt		Männer		Frauen	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ungültige Erst- und Zweitstimme							
Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2009	241	26,0	114	27,4	127	24,8
	2005	255	25,0	120	26,7	135	23,7
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2009	50	5,4	18	4,4	32	6,3
	2005	72	7,1	26	5,7	46	8,1
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze	2009	45	4,8	16	4,0	28	5,5
	2005	66	6,5	26	5,7	40	7,1
Beide Seiten mehrere Kreuze	2009	89	9,6	43	10,3	46	9,1
	2005	111	10,9	54	12,0	57	9,9
Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen	2009	11	1,2	6	1,4	5	1,1
	2005	6	0,6	3	0,7	3	0,5
Beide Seiten sonstige Ursachen	2009	31	3,3	18	4,4	12	2,4
	2005	27	2,7	16	3,6	11	2,0
Zusammen ...	2009	467	50,4	215	51,8	251	49,2
	2005	537	52,7	245	54,4	292	51,3
Ungültige Erst- und gültige Zweitstimme							
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen	2009	260	28,1	121	29,0	139	27,3
	2005	250	24,5	113	25,2	137	24,1
Erststimmenseite mehrere Kreuze	2009	22	2,4	10	2,5	12	2,4
	2005	28	2,6	12	2,6	16	2,7
Sonstige Ursachen	2009	9	1,0	4	1,1	4	0,9
	2005	8	0,8	4	0,9	4	0,6
Zusammen ...	2009	291	31,4	135	32,6	155	30,5
	2005	286	28,0	129	28,6	157	27,4
Ungültige Zweit- und gültige Erststimme							
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	2009	141	15,2	54	12,9	87	17,2
	2005	160	15,6	60	13,3	100	17,5
Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	2009	23	2,5	9	2,2	14	2,7
	2005	30	3,0	12	2,8	18	3,1
Sonstige Ursachen	2009	4	0,4	2	0,5	2	0,4
	2005	8	0,8	4	0,9	4	0,7
Zusammen ...	2009	168	18,1	65	15,6	103	20,2
	2005	198	19,4	76	16,9	122	21,3

(+ 5 000), die Zahl der Wähler/-innen, die nur mit der Zweitstimme ungültig wählten, ging ebenfalls zurück (– 30 000).

Die Abgabe leerer bzw. durchgestrichener Stimmzettel (ungültige Erst- und/oder Zweitstimme) lässt vermuten, dass es sich um absichtlich ungültige Stimmabgaben handelte. Damit dürfte der Anteil der bewusst ungültig abgegebenen Stimmen bei knapp 70 % liegen. Ohne ergänzende Motivforschung ist eine vertiefte Analyse der vorgenannten Ergebnisse jedoch nicht möglich. So ist es vorstellbar, dass es sich zum Beispiel bei den Wählerinnen und Wählern mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme in erster Linie um Anhänger/-innen von Parteien gehandelt hat, von denen zwar Landeslisten, aber keine Kreiswahlvorschläge aufgestellt worden waren. Weiter ist denkbar, dass die Wählerinnen und Wähler dem Wahlkreiskandidaten bzw. der Wahlkreiskandidatin ihrer Partei keine Erfolgchancen eingeräumt haben.

Bei der Betrachtung der ungültigen Zweitstimmen nach Bundesländern nach dem amtlichen Wahlergebnis ist keine Auffälligkeit – beispielsweise im Vergleich von Ost und West –

festzustellen. Der Anteil ungültiger Stimmen war 2009 in Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hessen am höchsten. Da sowohl in Brandenburg als auch in Schleswig-Holstein hier gegenüber der Bundestagswahl 2005 eine Zunahme zu verzeichnen war, liegt ein Zusammenhang mit den dort ebenfalls am 27. September 2009 durchgeführten Landtagswahlen nahe.

6 Ergebnisse zur Stimmabgabe

Nach dem endgültigen Wahlergebnis der Bundestagswahl 2009 erzielten die Parteien folgende Zweitstimmenanteile⁴⁾:

SPD	23,0 %
CDU	27,3 %
FDP	14,6 %
DIE LINKE	11,9 %
GRÜNE	10,7 %
CSU	6,5 %
Sonstige	6,0 %

4) Die Reihenfolge der Parteien im Text und in den Tabellen richtet sich nach ihrer Reihenfolge in der Veröffentlichung des Bundeswahlleiters (Hrsg.): „Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen“, Wiesbaden 2010.

Betrachtet man diese Ergebnisse im Zusammenhang mit den Resultaten früherer Bundestagswahlen, so ist festzustellen, dass die Zahl der für die sogenannten „großen“ Parteien abgegebenen Zweitstimmen weiter rückläufig ist, während sich für die bisherigen „kleinen“ Parteien der Trend zu Zugewinnen fortsetzt.

Die SPD verlor im Vergleich zur Bundestagswahl 2005, bei der ihr Zweitstimmenanteil 34,2% betragen hatte, 11,2 Prozentpunkte. Die CDU, die mit deutlichem Abstand als stärkste Partei aus der Bundestagswahl 2009 hervorgegangen ist, büßte gegenüber der Bundestagswahl 2005 0,5 Prozentpunkte ein. Die FDP konnte dagegen Gewinne bei den Zweitstimmen in Höhe von 4,8 Prozentpunkten erzielen. DIE LINKE steigerte sich gegenüber der Bundestagswahl 2005 um 3,2 Prozentpunkte. Bei den GRÜNEN kamen 2,6 Prozentpunkte an Zweitstimmen hinzu. Die CSU musste Stimmenverluste hinnehmen, ihr Zweitstimmenanteil sank im Bundesgebiet um 0,9 Prozentpunkte. Der Zweitstimmenanteil der übrigen, sogenannten sonstigen Parteien, stieg von 3,9% bei der Bundestagswahl 2005 auf nunmehr 6,0%.

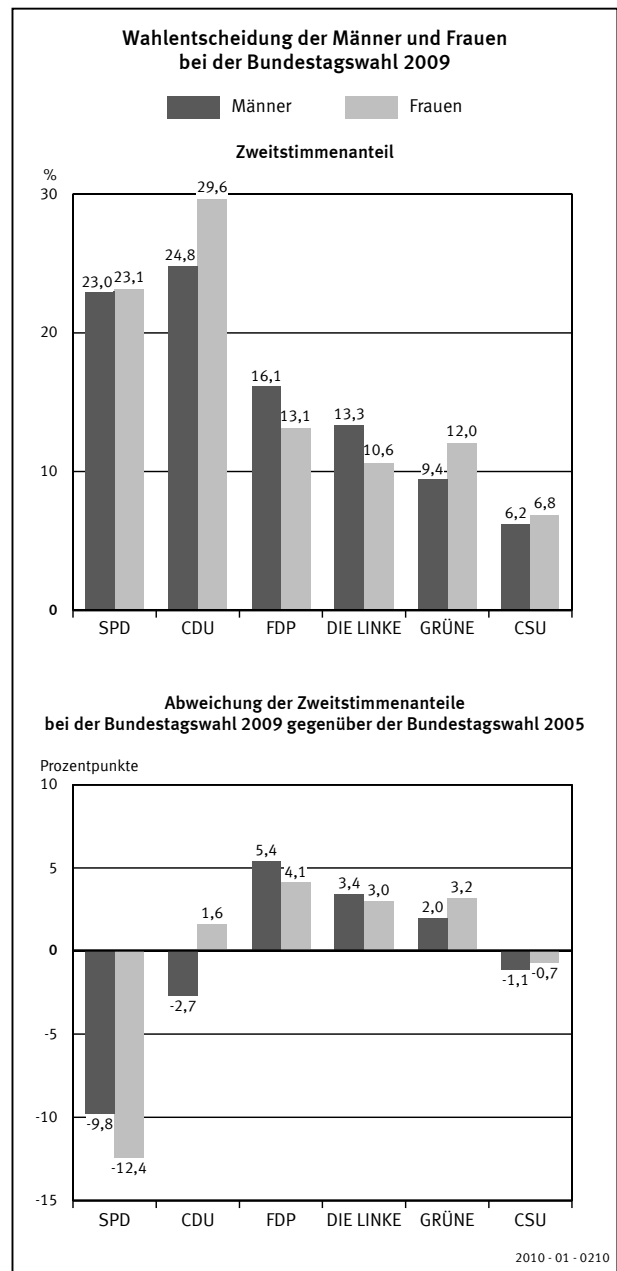
Im Folgenden werden die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zunächst unter dem Gesichtspunkt des Einflusses des Geschlechts auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 dargestellt und im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 beleuchtet; es folgt die Betrachtung des Einflusses des Alters der Wählerinnen und Wähler auf deren Wahlentscheidung. Zuletzt wird das Augenmerk auf die jeweils besten und schlechtesten Ergebnisse in den Altersgruppen nach Geschlecht gerichtet.

6.1 SPD erzielte bei den Senioren ein überdurchschnittliches Ergebnis

Bei der differenzierten Betrachtung der Wahlergebnisse der SPD zeigten sich zwischen den Geschlechtern keine Unterschiede: 23,0% der Männer und 23,1% der Frauen gaben ihre Zweitstimme der SPD. Bei der Bundestagswahl 2005 waren es noch deutlich mehr Frauen (35,5%) als Männer (32,8%) gewesen, die für die Sozialdemokraten stimmten. Folglich waren die Stimmenverluste der SPD bei den Frauen mit 12,4 Prozentpunkten wesentlich höher als bei den Männern mit 9,8 Prozentpunkten.

Die SPD gewann bei der Bundestagswahl 2009 ihren höchsten Stimmenanteil bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren. In dieser Altersgruppe konnte sie mit 27,3% ihr bestes – über dem Bundesdurchschnitt liegendes – Ergebnis erzielen. Die jüngeren Wähler/-innen zwischen 25 und 34 Jahren konnte sie dagegen am wenigsten überzeugen (17,0%). Bei den Jungwählern/-wählerinnen bis 24 Jahren musste sie ihre größten Stimmenverluste hinnehmen. Sie verlor hier mit 18,7 Prozentpunkten mehr als die Hälfte ihres Zweitstimmenanteils. Bei der Bundestagswahl 2005 hatte sie in dieser Altersgruppe ihren größten Rückhalt gefunden. Auch in allen folgenden Altersgruppen setzte sich der Stimmenverlust der SPD gegenüber der Bundestagswahl 2005 fort, wurde aber kontinuierlich geringer und betrug in der Altersgruppe der ab 60-Jährigen noch 6,8 Prozentpunkte.

Schaubild 4

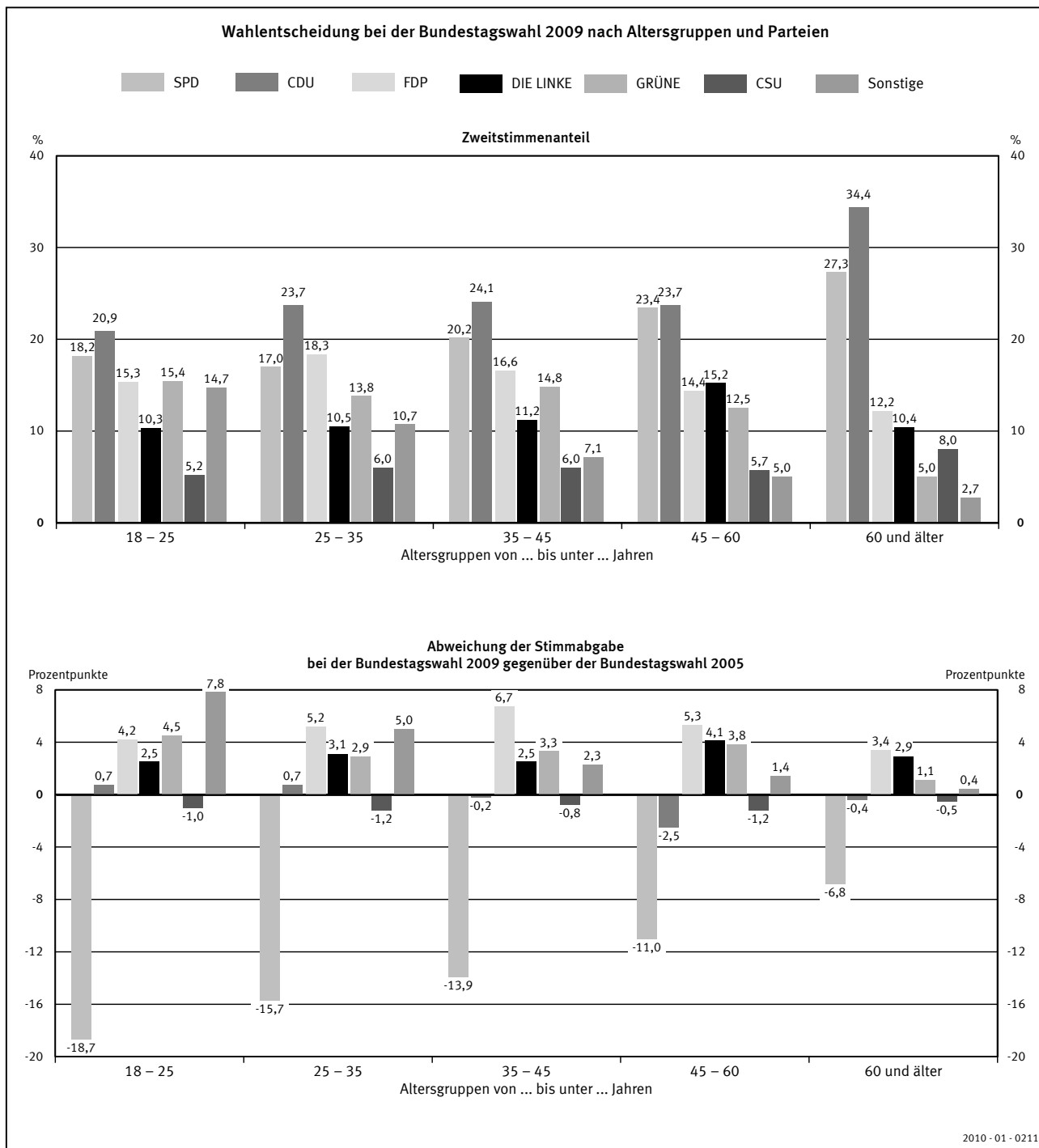


Den höchsten Stimmenanteil erhielt die SPD von Männern ab 60 Jahren (27,6%), am wenigsten (mit 16,1%) stimmten die 25- bis 34-jährigen Männer für die SPD.

6.2 CDU gewann bei den Frauen

In allen Altersgruppen waren es die Frauen, die im größeren Umfang für die CDU votierten. Mit 29,6% übertrafen die Wählerinnen die Wähler um 4,8 Prozentpunkte. Die CDU konnte bei den Frauen ihr Ergebnis von 2005 um 1,6 Prozentpunkte steigern und ist damit wieder – wie schon in den 1950er- bis 1970er-Jahren eine von Frauen bevorzugte Partei. Demgegenüber büßte sie bei der männlichen Wählerschaft gegenüber der Bundestagswahl 2005 (27,5%) 2,7 Prozentpunkte ein.

Schaubild 5



Der Stimmenanteil der CDU lag bei den Wählerinnen und Wählern in den Altersgruppen zwischen 25 und 59 Jahren relativ gleich hoch bei etwa 24 %, stieg bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren dann aber sprunghaft um etwa die Hälfte auf 34,4 % an. Das niedrigste Ergebnis erzielte die CDU mit 20,9 % bei der Wählerschaft unter 25 Jahren. Auch wenn die CDU in jeder Altersgruppe den höchsten Stimmenanteil aller Parteien erhielt, war ihr Vorsprung bei den Seniorinnen und Senioren am deutlichsten. In allen anderen Altersgruppen blieb die CDU hinter ihrem Bundesergebnis

von 27,3 % zurück. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 konnten die Christdemokraten in den beiden Altersgruppen der 18- bis 24-jährigen bzw. der 25- bis 34-jährigen Stimmengewinne von jeweils 0,7 Prozentpunkten verbuchen, bei den 35- bis 44-jährigen musste sie Stimmenverluste von 0,2 Prozentpunkten, bei den 45- bis 59-jährigen von 2,5 Prozentpunkten hinnehmen. Obwohl die CDU bei den älteren Wählern und Wählerinnen den größten Rückhalt hatte, verlor sie dort gegenüber der Bundestagswahl 2005 0,4 Prozentpunkte ihres Zweitstimmenanteils.

Das mit Abstand beste Ergebnis erzielte die CDU bei den Frauen ab 60 Jahren (36,9%), das schlechteste dagegen mit 19,1% bei den Jungwählern. Zwischen bestem und schlechtestem Ergebnis liegt ein Unterschied von 17,8 Prozentpunkten.

6.3 Zugewinne für die FDP in allen Altersgruppen

Die FDP hat bei der Bundestagswahl 2009 ihr bestes Zweitstimmenergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Dazu trugen die Männer mit 16,1% und die Frauen mit 13,1% bei. Gegenüber der Bundestagswahl 2005 war dies bei den Männern ein Plus von 5,4 Prozentpunkten und bei den Frauen von 4,1 Prozentpunkten.

Die Liberalen gewannen in den Altersgruppen den höchsten Stimmenanteil bei den 25- bis 34-Jährigen (18,3%), gefolgt von den 35- bis 44-Jährigen (16,6%). Sie lagen damit 3,7 bzw. 2,0 Prozentpunkte über ihrem Bundesdurchschnitt. Die FDP konnte im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 in allen Altersgruppen Zugewinne an Stimmenanteilen – zwischen 3,4 und 6,7 Prozentpunkten – erzielen, am stärksten war der Gewinn in der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen, am geringsten bei den Seniorinnen und Senioren. Dort fand die FDP mit 12,2% den geringsten Rückhalt und schnitt damit unterdurchschnittlich ab.

Den größten Zweitstimmenanteil gewann die FDP bei den 25- bis 34-jährigen Wählern (20,5%), am wenigsten konnten die Freien Demokraten die Seniorinnen (11,3%) überzeugen.

6.4 DIE LINKE fand größten Rückhalt bei den 45- bis 59-jährigen Männern

Nach Geschlechtern betrachtet gaben hauptsächlich Männer der LINKEN ihre Zweitstimme (13,3%). Dies waren 2,7 Prozentpunkte mehr als bei den Frauen (10,6%). Gegenüber der Bundestagswahl 2005 verzeichnete DIE LINKE bei den Männern 3,4 und bei den Frauen 3,0 Prozentpunkte mehr.

DIE LINKE konnte ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 in allen Altersgruppen um 2,5 bis 4,1 Prozentpunkte ausbauen. Während die jüngsten Wähler/-innen mit 10,3% am wenigsten für DIE LINKE stimmten, konnte sie danach von Altersgruppe zu Altersgruppe mehr Stimmen erzielen. Überdurchschnittlich viele Stimmen erhielt sie von den 45- bis 59-Jährigen (15,2%). Bei den ältesten Wählern und Wählerinnen kam sie nur auf 10,4%. Hier entschieden sich lediglich 8,6% der Frauen für DIE LINKE, das schlechteste Ergebnis der LINKEN, differenziert nach Alter und Geschlecht. Am häufigsten votierten die 45- bis 59-jährigen Männer für DIE LINKE (16,9%).

6.5 Auch GRÜNE bei den Frauen vorn

Rückblickend auf vergangene Bundestagswahlen ist festzustellen, dass die GRÜNEN traditionell stets einen stärkeren Rückhalt bei den Frauen fanden. Dies hat sich bei der Bun-

destagswahl 2009 erneut bestätigt. Zum Wahlergebnis der GRÜNEN von 10,7% haben die Frauen mit 12,0% und die Männer mit 9,4% beigetragen. Damit haben die GRÜNEN im Vergleich mit der Bundestagswahl 2005 bei den Frauen 3,2 Prozentpunkte und bei den Männern 2,0 Prozentpunkte an Zweitstimmen hinzugewonnen.

Die GRÜNEN haben in allen Altersgruppen mit Ausnahme der ältesten Wähler/-innen überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. In der Altersgruppe der ab 60-Jährigen lag das Ergebnis 5,7 Prozentpunkte unter dem Bundesergebnis. Dennoch gewannen die GRÜNEN im Vergleich zu 2005 auch bei den Seniorinnen und Senioren noch Stimmenanteile von immerhin 1,1 Prozentpunkten hinzu. Insgesamt konnten sie damit in allen Altersgruppen ihre Stimmenanteile leicht erhöhen. Den größten Zuwachs erzielten die GRÜNEN mit 4,5 Prozentpunkten bei den Wählern unter 25 Jahren.

Von allen Frauen, die für die GRÜNEN stimmten, waren die Erstwählerinnen am häufigsten vertreten (18,9%). Nur die CDU sprach in dieser Altersgruppe mehr Wählerinnen an (22,7%). Die geringste Resonanz fanden die GRÜNEN mit 4,6% bei den Senioren. Dies ist im Vergleich der im Bundestag vertretenen Parteien das schlechteste in einer Altersgruppe erzielte Ergebnis überhaupt. Zwischen dem besten und dem schwächsten Ergebnis bei den GRÜNEN liegt eine Spanne von 14,3 Prozentpunkten.

6.6 CSU schnitt bei älteren Wählerinnen und Wählern am besten ab

Für die CSU stimmten wie für die CDU in der Mehrzahl die Frauen. Während sie mit 6,8% zum Wahlergebnis der CSU beitrugen, waren es bei den Männern 6,2%. Im Vergleich mit der Bundestagswahl 2005 waren die Verluste bei den Frauen (0,7 Prozentpunkte) geringer als bei den Männern: Diese fielen mit 1,1 Prozentpunkten deutlich höher aus.

Bei der Betrachtung der Stimmabgabe nach Altersgruppen ergab sich auch hier ein dem Ergebnis der CDU vergleichbares Bild. Die CSU schnitt bei den Wählern ab 60 Jahren am besten ab (8,0%), dieses Ergebnis liegt etwa ein Drittel über den Ergebnissen in den übrigen Altersgruppen. Wie die CDU blieb auch die CSU in den Altersgruppen unter 60 Jahren hinter ihrem Bundesergebnis zurück und verzeichnete mit 5,2% ebenfalls das niedrigste Ergebnis bei den jungen Wählern unter 25 Jahren. Sie war zudem mit der SPD die einzige Partei, die – wenn auch in deutlich geringerem Maße – in allen Altersgruppen Verluste an Stimmenanteilen hinnehmen musste (zwischen 0,5 und 1,2 Prozentpunkten).

6.7 Sonstige Parteien

Die sonstigen Parteien erhielten mit 14,7% der Stimmen bei den 18- bis 24-Jährigen den höchsten Stimmenanteil. Mit zunehmendem Alter stimmten weniger Wähler/-innen für diese Parteien. In der Altersgruppe ab 60 Jahren gaben nur noch 2,7% der Frauen und Männer ihre Stimmen den sonstigen Parteien.

Unter den sonstigen Parteien waren mit 2,0% die PIRATEN am stärksten vertreten. Sie waren in 15 Bundesländern

Tabelle 9: Stimmabgabe der Urnen- und Briefwählerinnen und -wähler nach Geschlecht, Altersgruppen und Parteien bei der Bundestagswahl 2009
Hochgerechnete Ergebnisse

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf					
	SPD	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
Urnenwähler/-innen						
Zusammen						
18 – 25	18,5	25,4	15,2	10,8	14,9	15,2
25 – 35	17,4	29,2	18,0	11,2	13,1	11,1
35 – 45	20,7	29,8	16,4	11,6	14,3	7,2
45 – 60	24,0	29,1	14,0	15,7	12,1	5,1
60 und mehr	28,3	41,5	11,9	10,9	4,8	2,7
Männer						
18 – 25	18,2	23,5	16,9	10,2	11,9	19,3
25 – 35	16,5	26,9	20,0	11,6	11,0	13,9
35 – 45	20,7	27,7	18,7	12,5	12,0	8,5
45 – 60	24,5	27,0	15,0	17,4	10,5	5,5
60 und mehr	28,6	38,1	12,8	13,1	4,3	3,1
Frauen						
18 – 25	18,9	27,5	13,3	11,6	18,2	10,5
25 – 35	18,2	31,7	16,0	10,8	15,2	8,2
35 – 45	20,7	31,9	14,2	10,8	16,5	5,9
45 – 60	23,5	31,2	13,1	14,0	13,6	4,6
60 und mehr	28,1	44,4	11,0	9,0	5,2	2,3
Briefwähler/-innen						
Zusammen						
18 – 25	16,5	29,2	16,0	7,5	18,2	12,5
25 – 35	15,1	31,9	19,5	7,1	17,3	9,1
35 – 45	17,0	31,9	17,8	8,5	17,8	7,0
45 – 60	20,3	31,0	16,3	12,7	14,8	4,9
60 und mehr	24,2	45,2	13,3	8,8	5,8	2,7
Männer						
18 – 25	16,3	26,9	19,3	7,1	13,7	16,7
25 – 35	14,3	29,8	22,5	7,4	14,5	11,6
35 – 45	16,8	29,9	20,0	9,5	16,1	7,7
45 – 60	20,2	28,9	17,8	14,3	13,5	5,3
60 und mehr	24,3	41,9	14,9	10,5	5,4	2,9
Frauen						
18 – 25	16,7	31,1	13,4	7,9	21,9	9,0
25 – 35	16,0	33,8	16,6	6,9	20,0	6,8
35 – 45	17,2	33,9	15,6	7,5	19,5	6,4
45 – 60	20,4	32,9	15,0	11,3	15,9	4,5
60 und mehr	24,1	47,7	12,1	7,4	6,1	2,5
Urnen- und Briefwähler/-innen insgesamt						
Insgesamt						
18 – 25	18,2	26,0	15,3	10,3	15,4	14,7
25 – 35	17,0	29,7	18,3	10,5	13,8	10,7
35 – 45	20,2	30,1	16,6	11,2	14,8	7,1
45 – 60	23,4	29,4	14,4	15,2	12,5	5,0
60 und mehr	27,3	42,4	12,2	10,4	5,0	2,7
Männer						
18 – 25	17,9	24,0	17,3	9,7	12,1	18,9
25 – 35	16,1	27,4	20,5	10,9	11,6	13,5
35 – 45	20,2	28,0	18,9	12,0	12,6	8,3
45 – 60	23,8	27,3	15,4	16,9	11,0	5,5
60 und mehr	27,6	39,0	13,3	12,5	4,6	3,0
Frauen						
18 – 25	18,5	28,2	13,3	10,9	18,9	10,2
25 – 35	17,8	32,1	16,1	10,0	16,1	7,9
35 – 45	20,2	32,2	14,4	10,3	17,0	5,9
45 – 60	22,9	31,5	13,5	13,5	14,1	4,6
60 und mehr	27,1	45,2	11,3	8,6	5,4	2,4

(nicht in Sachsen) angetreten. Nach den vorliegenden Daten aus sieben dieser Länder konnten sie in allen Altersgruppen deutlich weniger Frauen als Männer für sich gewinnen. Hierbei ist bemerkenswert, dass sie bei den 18- bis 24-jährigen Männern mit deutlichem Abstand am besten abschnitten. Ihr Rückhalt nahm bei den Wählerinnen und Wählern mit zunehmendem Alter ab und spielte bei den 60-jährigen und Älteren nur noch eine untergeordnete Rolle.

6.8 Unterschiede in Ost und West

Zwischen den Geschlechtern gab es im Abstimmungsverhalten zwischen Ost und West keine signifikanten Unterschiede. Wie jedoch bereits das endgültige Wahlergebnis zeigte, unterschied sich das Stimmverhalten in Ost und West in den Altersgruppen. Hier gab es den größten Unterschied im Stimmverhalten bei der Partei DIE LINKE, die in den neuen Ländern als zweitstärkste Partei aus der Wahl hervorging. Sie konnte dort in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen mit 33,4% ihr bestes Ergebnis erzielen. Auch bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren erreichte sie mehr als 30%. Im Westen erzielte DIE LINKE ihr bestes Ergebnis (11,2%) ebenfalls in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen. In den übrigen Altersgruppen lag sie hier stets unter 10%, den geringsten Rückhalt fand sie in der Altersgruppe ab 60 Jahren mit 6,0%.

Die GRÜNEN schnitten in den neuen Bundesländern in allen Altersgruppen schlechter ab als im Westen. Auch zeigte sich der geringere Rückhalt bei den älteren Wählerinnen und Wählern in Ost und West gleichermaßen. Sie kamen in den neuen Bundesländern bei den ältesten Wählern und Wählerinnen auf einen Stimmenanteil von 3,5%. Doch auch in den alten Bundesländern gewannen sie in dieser Altersgruppe mit lediglich 5,4% den niedrigsten Stimmenanteil.

7 Unterschiede zwischen Urnen- und Briefwählerinnen und -wählern

Auffallend ist, dass der Briefwahlanteil der Unionswähler/-innen durchschnittlich doppelt so hoch war wie der der übrigen Parteien (mit Ausnahme der LINKEN). Die Wähler/-innen der LINKEN machten demgegenüber eher unterdurchschnittlich von der Briefwahl Gebrauch.

Der Vergleich der bundesweiten Urnen- und Briefwahlergebnisse zeigt, dass nur SPD und DIE LINKE ein höheres Ergebnis bei den Urnenwählerinnen und -wählern hatten, und zwar um 3,2 bzw. 3,1 Prozentpunkte. Bei allen anderen Parteien lag das Zweitstimmenergebnis der Briefwahl geringfügig über dem Urnenwahlergebnis, am deutlichsten bei den GRÜNEN mit 14,8% bei der Briefwahl und 11,8% bei der Urnenwahl (+ 3,0 Prozentpunkte) und bei der CDU/CSU mit 33,8% bei der Briefwahl und 31,0% bei der Urnenwahl (+ 2,8 Prozentpunkte). Die SPD konnte ihr bestes Zweitstimmenergebnis bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren erzielen. Hieran hatten die Urnenwähler mit 28,6% und die Urnenwählerinnen dieser Altersgruppe mit 28,1% den größten Anteil. Deren Ergebnisse lagen mit 4,3 bzw. 4,0 Pro-

zentpunkten deutlich über denen der Briefwähler und -wählerinnen über 60 Jahren.

Die CDU/CSU, die ihr bestes Zweitstimmenergebnis (42,4%) bei den Senioren ab 60 Jahren hatte, konnte in dieser Altersgruppe insbesondere die Briefwählerinnen (47,7%), aber auch die Urnenwählerinnen (44,4%) mobilisieren; die Ergebnisse lagen um 5,8 bzw. 6,3 Prozentpunkte über denen der gleichaltrigen Brief- bzw. Urnenwähler (siehe Tabelle 9).

Die FDP hat insbesondere in den Altersgruppen der bis unter 45-Jährigen Zweitstimmenergebnisse über dem Bundesdurchschnitt erzielt. Dabei lagen in den einzelnen Altersgruppen die Ergebnisse der Briefwählerinnen zwischen 0,1 und 1,9 Prozentpunkten und die der Briefwähler zwischen 1,3 und 2,8 Prozentpunkten über den Ergebnissen bei den Urnenwählerinnen und -wählern.

Die Partei DIE LINKE konnten demgegenüber die Urnenwähler beiderlei Geschlechts stärker mobilisieren. Der Wahlerfolg bei den Urnenwählern in der Altersgruppe der 45- bis unter 60-Jährigen lag dabei mit 17,4% um 5,3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Urnenwähler/-innen.

Bei den GRÜNEN lagen die Briefwahlergebnisse zum Teil deutlich über den Urnenwahlergebnissen. So stimmten 20,0% der 25- bis 34-jährigen Briefwählerinnen für die GRÜNEN, während sich in der gleichen Altersgruppe nur 15,2% der Urnenwählerinnen dazu entschieden. Insgesamt konnte die Partei ihr Wählerpotenzial insbesondere in den Altersgruppen der unter 45-Jährigen im Vergleich zum Bundesergebnis überdurchschnittlich ausschöpfen.

8 Ergebnisse zum Stimmensplitting

Bei Betrachtung des amtlichen Endergebnisses fällt auf, dass – wie auch bei fast allen vorangegangenen Wahlen – die „kleineren“ Parteien einen zum Teil deutlichen Zweitstimmenüberhang zu verzeichnen haben (FDP: + 2 239 584 Stimmen; GRÜNE: + 666 147 Stimmen; DIE LINKE: + 364 809 Stimmen). Demgegenüber zeigen sich bei den beiden „größeren“ Parteien deutliche Erststimmenüberhänge.

Die Existenz von Erst- und Zweitstimme bei Bundestagswahlen verlangt von den Wählern und Wählerinnen die Entscheidung, entweder beide Stimmen dem bzw. der Wahlkreisbewerber/-in und der Landesliste derselben Partei zu geben oder die Stimmen zwischen dem Wahlkreis kandidaten bzw. der -kandidatin einer Partei und der Liste einer anderen Partei aufzuteilen (Stimmensplitting). Die Erststimme wird nur wirksam, wenn der bzw. die Wahlkreis kandidatin/-in (einer Partei) die einfache Mehrheit in einem Wahlkreis erhält. Die Zweitstimme wird nur wirksam, wenn eine Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringt oder mindestens drei Direktmandate erzielt. Im Hinblick auf diese Entscheidung geben die Anhänger/-innen einer „kleineren“ Partei die Erststimme häufig dem bzw. der Bewerber/-in der „größeren“ Partei und möglichen Koalitionspartner, um die Stimme für den eigenen bzw. die eigene, oft wenig aussichtsreiche/-n Wahlkreis kandidaten/-kandidatin nicht zu „verschenken“, während sie mit der Zweit-

Tabelle 10: Ausgewählte Stimmenkombinationen bei Bundestagswahlen

Von 1 000 abgegebenen Zweitstimmen für die ...	entfielen auf Erststimmen						
	für die ...	2009	2005	2002	1990	1987 ¹⁾	1983 ¹⁾
SPD	SPD	858	867	864	905	927	952
	CDU	38	26	26	18	15	13
	FDP	11	10	16	13	7	4
	DIE LINKE	24	25	24	5	X	X
	GRÜNE .	52	53	55	35	35	20
CDU	SPD	7	7	5	4	4	4
	SPD	45	31	25	27	19	21
	CDU	872	907	922	917	954	959
	FDP	49	36	31	31	13	10
	DIE LINKE	8	6	4	1	X	X
FDP	GRÜNE .	17	9	6	6	6	4
	SPD	48	71	119	140	131	101
	CDU	393	515	325	262	374	498
	FDP	448	290	477	506	387	291
	DIE LINKE	11	11	10	3	X	X
DIE LINKE .	GRÜNE .	21	14	19	24	32	17
	CSU	65	87	36	32	58	85
	SPD	128	173	196	98	X	X
	CDU	27	35	31	35	X	X
	FDP	17	15	16	18	X	X
GRÜNE ...	DIE LINKE	757	721	709	756	X	X
	GRÜNE .	48	28	32	39	X	X
	CSU	4	4	2	-	X	X
	SPD	333	567	597	293	315	398
	CDU	50	38	33	37	36	43
CSU	FDP	21	11	14	24	16	12
	DIE LINKE	36	20	15	1	X	X
	GRÜNE .	536	347	326	607	582	521
	CSU	11	8	7	10	7	9
	SPD	27	23	30	25	18	16
Ungültig	FDP	45	29	24	18	12	10
	DIE LINKE	3	2	1	-	X	X
	GRÜNE .	17	11	11	8	6	4
	CSU	893	918	920	928	949	963

1) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

stimme ihre Partei unterstützen. Für die Anhänger/-innen einer „größeren“ Partei bietet sich die Möglichkeit an, die Erststimme dem Kandidaten bzw. der Kandidatin der eigenen Partei zu geben und die Zweitstimme einer „kleineren“ Partei als möglichem Koalitionspartner zu „leihen“, damit diese die Sperrklausel sicher überwinden kann. Häufig werden daher beide Stimmen im Rahmen von wahltaktischen und koalitionspolitischen Überlegungen eingesetzt.

Bis zur Bundestagswahl 1976 haben die Wähler/-innen im Durchschnitt lediglich zu 6,6% ihre Stimme gesplittet. Seitdem machen sie kontinuierlich immer häufiger von der Möglichkeit der Trennung von Erst- und Zweitstimme Gebrauch. Zwar gab auch bei der Bundestagswahl 2009 die überwiegende Mehrheit noch beide Stimmen für dieselbe Partei ab, mit 26,4% hat das Stimmensplitting aber einen neuen Höchststand erreicht.

8.1 Stimmensplitting bei den großen Parteien wesentlich geringer als bei den kleinen Parteien

Der Anteil des Stimmensplittings differiert bei den Wählern und Wählerinnen der einzelnen Parteien sehr stark. Wie auch bei der Bundestagswahl 2005 haben die Zweitstimmenwähler/-innen der CDU und SPD, aber auch die der CSU vergleichsweise selten das Stimmensplitting genutzt. Von ihnen haben die CSU-Zweitstimmenwähler/-innen am wenigsten von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch gemacht. Betrachtet man demgegenüber die Wähler/-innen, die ihre Erststimme der CDU, der SPD oder der CSU gegeben haben, ist eine stärkere Tendenz zum vor der Wahl jeweils angestrebten Koalitionspartner erkennbar:

Tabelle 11: Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2009
Zweitstimmen = 100

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählerinnen bzw. Wählern, die mit der Zweitstimme nebenstehende Partei bzw. ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme							
		SPD	CDU	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige	Ungültig
SPD	insgesamt	85,8	3,8	1,1	2,4	5,2	0,7	0,4	0,6
	Männer	86,9	3,5	1,0	2,5	4,4	0,7	0,5	0,5
	Frauen	84,8	4,1	1,2	2,3	6,0	0,7	0,4	0,6
CDU	insgesamt	4,5	87,2	4,9	0,8	1,7	-	0,4	0,6
	Männer	4,1	88,5	4,6	0,6	1,1	-	0,5	0,5
	Frauen	4,8	86,1	5,1	0,9	2,1	-	0,3	0,6
FDP	insgesamt	4,8	39,3	44,8	1,1	2,1	6,5	0,9	0,5
	Männer	4,5	40,2	44,2	1,0	1,8	6,8	1,0	0,5
	Frauen	5,2	38,3	45,4	1,2	2,5	6,0	0,7	0,5
DIE LINKE	insgesamt	12,8	2,7	1,7	75,7	4,8	0,4	1,4	0,5
	Männer	13,7	2,3	1,6	75,6	4,4	0,4	1,6	0,5
	Frauen	11,7	3,2	1,9	75,7	5,4	0,4	1,1	0,6
GRÜNE	insgesamt	33,3	5,0	2,1	3,6	53,6	1,1	0,8	0,4
	Männer	37,1	4,1	2,0	3,7	50,8	1,0	0,9	0,4
	Frauen	30,5	5,6	2,2	3,5	55,7	1,3	0,8	0,5
CSU	insgesamt	2,7	-	4,5	0,3	1,7	89,3	0,9	0,5
	Männer	2,3	-	4,4	0,3	1,3	90,3	1,0	0,5
	Frauen	3,0	-	4,6	0,3	2,2	88,5	0,9	0,5
Sonstige	insgesamt	13,0	9,5	9,0	11,4	12,5	3,8	37,8	3,0
	Männer	12,6	8,9	9,1	11,3	10,8	3,2	41,3	2,9
	Frauen	13,6	10,4	8,9	11,6	14,9	4,6	32,9	3,3
Ungültig	insgesamt	7,9	10,0	2,1	2,5	1,3	1,7	1,3	73,2
	Männer	7,1	7,9	1,8	2,4	1,2	1,6	1,4	76,5
	Frauen	8,6	11,5	2,4	2,6	1,4	1,8	1,1	70,6

Tabelle 12: Kombination der Erst- und Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2009
Erststimmen = 100

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählerinnen bzw. Wählern, die mit der Erststimme nebenstehende Partei bzw. ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme							
		SPD	CDU	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige	Ungültig
SPD	insgesamt	71,0	4,4	2,5	5,4	12,8	0,6	2,8	0,4
	Männer	70,9	3,6	2,6	6,5	12,4	0,5	3,3	0,3
	Frauen	71,0	5,2	2,5	4,5	13,2	0,7	2,4	0,5
CDU	insgesamt	2,8	74,4	17,9	1,0	1,7	-	1,8	0,5
	Männer	2,6	71,5	21,1	1,0	1,3	-	2,1	0,3
	Frauen	2,8	76,9	15,1	1,0	2,0	-	1,5	0,6
FDP	insgesamt	2,7	14,2	69,4	2,2	2,4	3,1	5,8	0,3
	Männer	2,3	11,7	72,3	2,1	1,9	2,7	6,8	0,2
	Frauen	3,0	16,7	66,4	2,3	3,0	3,5	4,7	0,4
DIE LINKE	insgesamt	4,9	1,9	1,5	81,4	3,5	0,2	6,2	0,3
	Männer	4,7	1,3	1,4	82,5	2,9	0,1	6,8	0,3
	Frauen	5,2	2,7	1,6	80,1	4,2	0,2	5,6	0,4
GRÜNE	insgesamt	13,1	5,0	3,4	6,3	62,6	1,2	8,2	0,2
	Männer	13,0	3,6	3,7	7,4	61,0	1,0	10,1	0,2
	Frauen	13,2	6,0	3,2	5,5	63,7	1,4	6,8	0,2
CSU	insgesamt	2,2	-	12,8	0,7	1,7	79,2	3,1	0,3
	Männer	2,3	-	15,1	0,8	1,2	77,0	3,2	0,3
	Frauen	2,2	-	10,6	0,6	2,0	81,3	2,9	0,4
Sonstige	insgesamt	3,5	3,8	4,3	5,5	3,0	2,1	77,3	0,6
	Männer	3,2	3,3	4,3	5,6	2,1	1,5	79,3	0,5
	Frauen	3,8	4,5	4,3	5,4	4,4	2,9	73,8	0,8
Ungültig	insgesamt	7,3	8,7	4,0	3,5	2,7	2,0	10,4	61,3
	Männer	6,4	7,1	4,4	3,7	2,4	2,0	12,7	61,2
	Frauen	8,0	10,2	3,6	3,4	3,0	2,0	8,5	61,3

Von den Erststimmenwählern/-wählerinnen der CDU bzw. CSU gaben 17,9 bzw. 12,8% die Zweitstimme der FDP und 12,8% der Erststimmenwähler/-innen der SPD gaben den GRÜNEN ihre Zweitstimme.

Sehr viel stärker nutzten traditionell die Wähler/-innen der FDP, die kein Direktmandat erreichte, und der GRÜNEN, die ein Direktmandat erreichten, das Stimmensplitting. Demgegenüber wurde von den Wählerinnen und Wählern der Partei DIE LINKE, die sechzehn Direktmandate erreichte, das Stimmensplitting generell seltener genutzt.

Zwar gegenüber der Bundestagswahl 2005 stark rückläufig, aber mit Abstand am häufigsten splitteten die Wähler/-innen der FDP; über 55% haben mit der Erststimme den Direktkandidaten bzw. die Direktkandidatin einer anderen Partei gewählt. 2005 waren es noch 81% gewesen. Vom Stimmensplitting profitierten am stärksten die CDU bzw. CSU. Im Gegenzug vergaben knapp 18% der Erststimmenwähler/-innen der CDU ihre Zweitstimme an die FDP.

Bei den GRÜNEN gaben die Zweitstimmenwähler/-innen neben den Kandidaten und Kandidatinnen der eigenen Partei am zweithäufigsten mit 33,3% ihre Erststimmen den Kandidaten/Kandidatinnen der SPD und damit dem bevorzugten Koalitionspartner. 2005 waren es noch 56,7%. Im Gegenzug vergaben knapp 13% der Erststimmenwähler/-innen der SPD ihre Zweitstimme an die GRÜNEN.

Die Kombination aus Zweitstimme für DIE LINKE und Erststimme für den SPD-Wahlkreiskandidaten bzw. die -kandidatin wurde deutlich seltener gewählt. So gaben von den Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Zweitstimme für DIE LINKE votierten, 12,8% ihre Erststimme Kandidaten und

Kandidatinnen der SPD. 2005 waren es noch 17,3% gewesen. Die umgekehrte Stimmenkombination kam noch weniger häufig vor: Nur 4,9% der Erststimmenwähler/-innen der Partei DIE LINKE gaben die Zweitstimme der SPD.

8.2 Ost-West-Vergleich

Im Ergebnis haben nach dem hochgerechneten Ergebnis der Stichprobe die Wähler/-innen im früheren Bundesgebiet häufiger vom Stimmensplitting Gebrauch gemacht als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Damit setzte sich die bei den letzten beiden Bundestagswahlen beobachtete Tendenz fort.

Der Vergleich zwischen neuen Ländern und Berlin-Ost und früherem Bundesgebiet zeigt, dass die Zweitstimmenwähler/-innen der „großen“ Parteien im Osten häufiger ihre Erststimme an Kandidaten und Kandidatinnen „kleinerer“ Parteien gaben: Nur 78,8% wählten auch mit ihrer Erststimme SPD im Vergleich zu 86,9% in den alten Ländern, lediglich 83,7% wählten mit beiden Stimmen CDU gegenüber 88% in den alten Ländern.

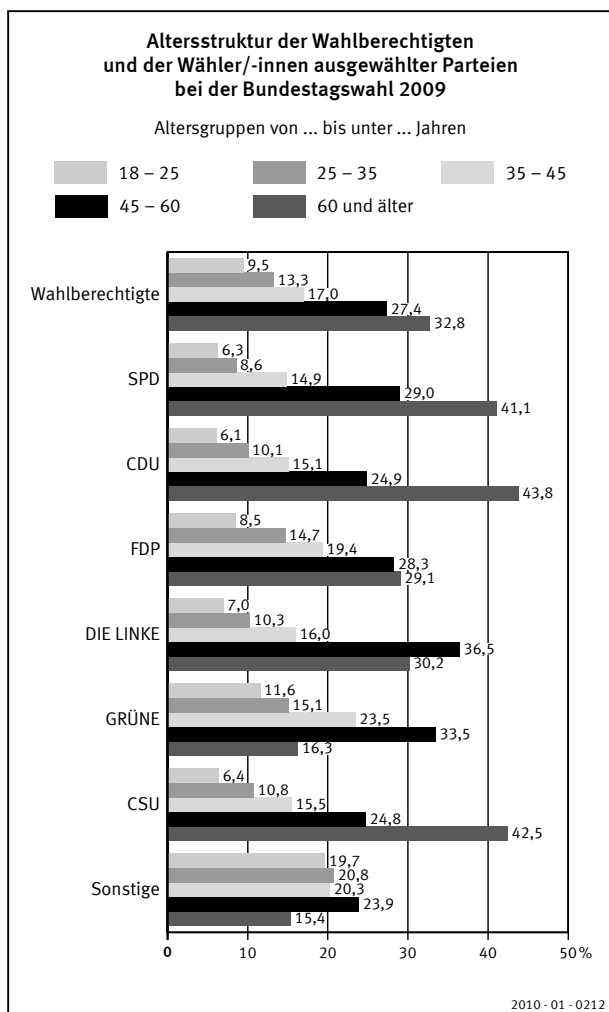
Im früheren Bundesgebiet hingegen war die Tendenz zum Splitting bei den Zweitstimmenwählern/-wählerinnen der „kleineren“ Parteien stärker: 56,0% der Zweitstimmenwähler/-innen der FDP gaben auch ihre Erststimme einem FDP-Kandidaten bzw. einer FDP-Kandidatin gegenüber 51,2% in den neuen Ländern. Bei den Zweitstimmenwählern/-wählerinnen der Partei DIE LINKE waren es 31,7% gegenüber 14,3% in den neuen Ländern.

Eine annähernd gleiches Splittingverhalten lässt sich nur bei den Zweitstimmenwählern/-wählerinnen der GRÜNEN beobachten, die im Westen zu 53,3% und im Osten zu 56,2% mit beiden Stimmen die GRÜNEN wählten.

9 Ergebnisse zu den Wählerschaften der Parteien

Die Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik geben auch Aufschluss über die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien und enthalten Anhaltspunkte, in welchem Umfang die Parteien ihr Wählerpotenzial mobilisieren konnten. Schaubild 6 stellt die Altersstruktur der Wahlberechtigten und der Wähler/-innen nach Parteien bei der Bundestagswahl 2009 dar. Mit 9,5% ist der Anteil der jüngsten Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 24 Jahren gegenüber der Bundestagswahl 2005 ebenso konstant geblieben wie der der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen mit 13,3%. Der Anteil der Wahlberechtigten im Alter von 35 bis 44 Jahren ist dagegen gesunken. Umfasste diese Altersgruppe bei der Bundestagswahl noch knapp 20% der Wahlberechtigten, so waren es bei der Bundestagswahl 2009 nur noch 17%. Hier machen sich die rückläufigen Geburtenzahlen der Jahre 1965 bis 1974 bemerkbar. Eine Zunahme ist in der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen zu verzeichnen. Der Anteil der Wahlberechtigten in dieser Altersgruppe stieg von 24,9% bei der Bundestagswahl 2005 auf 27,4% bei der Bundestagswahl 2009. Den größ-

Schaubild 6



ten Anteil an den Wahlberechtigten hatten die 60-Jährigen und Älteren mit 32,8% (2005: 32,4%).

9.1 Wählerschaft der SPD rekrutierte sich überproportional aus älteren Wählerinnen und Wählern

In der Wählerschaft der SPD waren die älteren Menschen ab 60 Jahren – und hier insbesondere Frauen – deutlich überrepräsentiert (gut 41% der Wähler/-innen waren 60 Jahre und älter). Stark vertreten waren auch die 45- bis 59-jährigen Männer, wogegen die Frauen dieser Altersgruppe unterrepräsentiert waren. Im Gegensatz zur Bundestagswahl 2005 ist die Repräsentanz der 18- bis 24-Jährigen zurückgegangen. Die altersmäßige Zusammensetzung der SPD-Wählerschaft näherte sich damit der der CDU mehr und mehr an.

9.2 Ältere in der Wählerschaft der Unionsparteien überrepräsentiert

Die Struktur der Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2009 entsprach bei der CDU im Wesentlichen der bei der Bundestagswahl 2005. Dabei rekrutierte sich die Wählerschaft mit weiter steigender Tendenz überproportional aus älteren Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren. Die 60-jährigen und älteren Männer stellten in der CDU-Wählerschaft 41,3% und die Frauen dieses Alters sogar 45,7%; im Vergleich dazu lag der Anteilswert der Gesamtwählerschaft dieses Alters bei 34,7%. Deutlich unterrepräsentiert waren dagegen – wie auch 2005 – die 18- bis 59-Jährigen. Auch die Wählerschaft der CSU zeigte ein vergleichbares Bild.

9.3 In der Wählerschaft der FDP jüngere überdurchschnittlich vertreten

Bei der FDP dominierten – verglichen mit der Gesamtwählerschaft – die Jüngeren im Alter zwischen 18 und 44 Jahren. Der Anteil der 25- bis 34-Jährigen in der FDP-Wählerschaft lag um 3,0 Prozentpunkte über den Anteil der 35- bis 44-Jährigen um 2,4 Prozentpunkte über den Anteilen dieser Wählergruppen an der Gesamtwählerschaft. Deutlich unterrepräsentiert war in der FDP-Wählerschaft im Vergleich zur Gesamtwählerschaft die Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren. Dies war insbesondere auf den geringen Anteil der Männer in der Wählerschaft der FDP dieser Altersgruppe zurückzuführen. Die Wählerstruktur der FDP entsprach am ehesten der Altersstruktur aller Wahlberechtigten. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 hat die FDP bei den 45- bis 59-Jährigen deutlich an Wählerschaft gewonnen.

9.4 Wähler/-innen im mittleren Alter in der Wählerschaft der Partei DIE LINKE stark vertreten

In der Wählerschaft der Partei DIE LINKE waren die 45- bis 59-Jährigen im Vergleich zum Anteil der entsprechenden Altersgruppe an allen Wahlberechtigten überproportional stark vertreten; hier gewann DIE LINKE gegenüber 2005 wei-

ter Wählerschaft hinzu. Die Wählerschaft ab 60 Jahren war in der Partei DIE LINKE demgegenüber leicht unterrepräsentiert, obwohl DIE LINKE auch hier an Wählerschaft gewann.

9.5 In der Wählerschaft der GRÜNEN dominierten ebenfalls jüngere und mittlere Altersgruppen

Etwa die Hälfte der GRÜNEN-Wähler/-innen bei der Bundestagswahl 2009 war jünger als 45 Jahre; diese Altersgruppe war damit im Vergleich zur Altersstruktur aller Wahlberechtigten überproportional vertreten, obwohl der Anteil der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren in der Wählerschaft der GRÜNEN im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 um mehr als fünf Prozentpunkte zurückgegangen ist. Gleichzeitig legte die Wählerschaft der GRÜNEN bei den 45- bis 60-Jährigen um fast sechs Prozentpunkte zu und war hier – auch im Vergleich zum Anteil dieser Altersgruppe an allen Wahlberechtigten – überproportional stark vertreten. Dagegen lag der Anteil der Wähler/-innen in der Altersgruppe ab 60 Jahren um mehr als 18 Prozentpunkte unter dem Anteil dieser Altersgruppe an allen Wählern/Wählerinnen. [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086

Internet: www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns: www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05

Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30

Vertriebspartner: HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice mbH
Servicecenter Fachverlage
Postfach 11 64
D-72125 Kusterdingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Erscheinungsfolge: monatlich